



Bürgerliche planen, die Armee vor Sparattacken zu schützen

Bundesrat und bürgerliche Parlamentarier wollen die Armee nach einem neuen System finanzieren. Es gehe darum, ihr mehr Mittel zu verschaffen, sagen Kritiker.

Von Fabian Renz, Bern

Nur wenige haben es realisiert, doch seit dem 13. Juni weiss die Armee im Grunde nicht mehr, mit wie viel Geld sie in den nächsten Jahren rechnen kann. Am besagten Tag nämlich hat eine unheilige Koalition aus linken und rechten Nationalräten das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket (KAP) 2014 zurückgewiesen. Anders als die Bezeichnung vermuten lässt, handelt es sich dabei nicht um ein blosses Sparprogramm. Das KAP 2014 ist auch, wie es SP-Nationalrätin Margret Kiener Nellen formulierte, eine «verkappte Finanzierungsvorlage» für die Armee: Es enthält ihren Ausgabenplafond für die Jahre 2014 bis 2017, insgesamt fast 18,8 Milliarden Franken. Fällt das KAP und mit ihm der Plafond dahin, schwebt die Armee finanziell im luftleeren Raum der all-

jährlichen Budgetdebatten. Das Fehlen jeglicher mehrjähriger Verbindlichkeiten macht sie verletzlicher gegenüber Sparangriffen.

Nun schreiten bürgerliche Parlamentarier zur Hilfsaktion. Nationalrat Leo Müller (CVP, LU) schlägt in einer Motion vor, die Armee künftig nach dem gleichen System wie die Landwirtschaft oder die Entwicklungshilfe zu finanzieren. Für die militärischen Bedürfnisse würde demnach ein mehrjähriger Zahlungsrahmen beschlossen. (Bei der Entwicklungshilfe zum Beispiel umfasst der aktuelle Zahlungsrahmen gut 11 Milliarden Franken für die Jahre 2013 bis 2016.)

Dieses neue System gäbe der Armee «eine Perspektive und Planungssicherheit», argumentiert Müller. Der Bundesrat sieht das ebenso: In seiner kürzlich verabschiedeten Stellungnahme empfiehlt er den Vorstoss zur Annahme. Man sei bereit, das Militärgesetz entsprechend zu revidieren. Da Mitglieder aller bürgerlicher Fraktionen die Motion unterzeichnet haben, dürfte sie im Parlament eine Mehrheit erhalten.

Müller betont auf Nachfrage, dass die Militärausgaben auch weiterhin in den normalen Jahresbudgets genehmigt werden müssten. «Wenn wir aber einen

mehrjährigen Zahlungsrahmen schaffen, wird das Parlament in den jährlichen Voranschlägen nicht leichtfertig davon abweichen», hält der CVP-Politiker fest. Nur bei einigermaßen verlässlicher Finanzperspektive sei die Armee in der Lage, gewisse Rüstungsgüter anzuschaffen.

Denkbar ist, dass das Parlament den neuen Zahlungskanal abseits der KAP-Spardiskussionen für eine Aufstockung der Armeegelder nutzen könnte. Die 18,8 Milliarden, die der Bundesrat im KAP-Plafond veranschlagt, sind den meisten Bürgerlichen zu wenig.

Militärkritische Kreise reagieren besorgt. «Ein hoher Budgetposten wirkt sofort kleiner, wenn man ihn als Bestandteil eines mehrjährigen Zahlungsrahmens wahrnimmt», sagt Josef Lang von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee. Er ist überzeugt, dass das eigentliche Ziel von Müllers Vorstoss darin bestehe, der Armee mehr Geld zu verschaffen. Infolge der Gripen-Beschaffung sei der Mittelbedarf ohnehin höher, als offiziell angegeben. Der grüne Nationalrat Balthasar Glättli meint denn auch: «Die Armee täte sich am meisten zuliebe, wenn sie den Kauf der Gripen-Flugzeuge nochmals überdenken würde.»